



21/1  
1  
26  
Abm...

## Gemeinde und Dampftramway.

Heute fand die Trassenrevisiön und politische Begehung über das Projekt der Gemeinde Wien für eine Konkurrenzlinie gegen die Dampftramwaylinie von der Augartenbrücke nach Floridsdorf statt. Diese Linie soll bekanntlich von dem jetzigen Endpunkte der Straßenbahn in der Dresdnerstraße durch die Stromstraße und Engerthstraße bis zum Kaiserplatz führen und es dadurch den Passagieren der Dampftramway ermöglichen, auf dem Kaiserplatz auf die elektrische Straßenbahn umzusteigen, statt wie bisher die Dampftramway bis zur Augartenbrücke benützen zu müssen.

Die Kommission leitete Bezirkskommissär Dr. Ritter v. Bivenot. Das Eisenbahnministerium war durch Oberbaurat Melzer vertreten.

Zuerst wurde die Trassenrevisiön abgehalten. Hierbei protestierten die Vertreter der Dampftramway-Gesellschaft gegen das Projekt, weil seine Ausführung eine Verbindung zwischen Wien und Floridsdorf bezwecke und dadurch mit dem Privilegium der Dampftramway-Gesellschaft in Widerspruch trete. Ferner sei mit Rücksicht auf den Bestand der Dampftramway auch die Notwendigkeit für die Bewilligung einer solchen neuen Bahnverbindung nicht vorhanden, durch welche der Dampftramway ein bedeutender Teil des Verkehrs entzogen würde.

Die Vertreter der Gemeinde Wien beriefen sich demgegenüber auf die Straßenbahnkonzession vom Jahre 1899, in welcher sowohl die Straßenbahnlinie durch die Dresdnerstraße, als auch die Straßenbahnlinie durch die Engerthstraße sowie eine Verbindungslinie beider Linien nächst dem Kaiserplatz bereits konzessioniert wurde, ohne daß die Gesellschaft gegen diese Konzession, wie es ihr freigestanden wäre, eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof eingebracht hat. Dadurch hat die Gemeinde bereits das Recht zur Ausführung der projektierten Verbindungslinie erworben, welche letztere überdies auch notwendig sei, um dem Publikum ein Verkehrsmittel mit modernem elektrischen Betriebe und mit einem Anschlusse an das städtische Straßenbahnnetz zu bieten.

Die behördliche Kommission beschloß, beim Eisenbahnministerium die Abweisung des Protestes der Dampftramway-Gesellschaft zu beantragen, und schritt sofort zur Vornahme der Stationskommission und politischen Begehung.

Auch dagegen verwahrten sich die Vertreter der Dampftramway-Gesellschaft mit Rücksicht darauf, daß das Ergebnis der Trassenrevisiön kein anstandsloses gewesen sei. Demgegenüber hielt die Kommission ihren Beschluß auf das Eingehen in die politische Begehung aufrecht und führte

diese Amtshandlung durch. Bei derselben erklärten die Donauregulierungskommission und die Polizeidirektion ihre Zustimmung zu dem Projekte, während hinsichtlich der Forderungen der Post- und Telegraphendirektion ein Einvernehmen zwischen dieser und der Gemeinde zustande kam.

Mit Rücksicht auf dieses anstandslose Ergebnis der Begehung beschloß die eisenbahnbehördliche Kommission zweitens, auch die Erteilung des Baubausens für die von der Gemeinde beabsichtigte Straßenbahnlinie beim Eisenbahnministerium zu beantragen.